



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/56

7. März 1950

Geheimer Sprengstoff

sp. In der Welt wächst die Erkenntnis, dass mit den nicht gelösten sozialen Problemen in Westdeutschland geheimer Sprengstoff

lagert. Man beginnt zu begreifen: das Vertriebenenproblem könnte eine ausserordentlich ernste internationale Gefahr werden; an der

Lösung dieser Frage mitzuwirken, ist eine internationale Aufgabe. Die amerikanische Parlaments-Kommission, welche im September v.Js.

zum Studium der Vertriebenenprobleme durch Westdeutschland reiste, hat damals erklärt, die amerikanische Öffentlichkeit sei über die

Not dieser vielen Millionen erschreckend unzureichend unterrichtet gewesen. Seitdem ist das Interesse lebendiger geworden.

Der amerikanische demokratische Abgeordnete Walter schlug vor, man sollte eine Million ostdeutscher Bauern in unerschlossenen Ge-

bieten der Erde zur Ansiedlung bringen. Prof. Epp, der Vorsitzende des amerikanischen Aktionsausschusses für Ausgewiesene in Philadel-

phia, verlangte Einwanderungserleichterungen (die gewiss in bescheidenem Umfang helfen könnten), und vor allem als Sofortprogramm die

Forderung auf Rückgabe der deutschen Ostgebiete (angesichts der gegenwärtigen weltpolitischen Situation wahrlich ein utopisches Ver-

langen!) Der Hohe amerikanische Kommissar McCloy verwies am Jahresende auf bereits gewährte Hilfsmittel. Kardinal Frings hält, -

wenn keine Möglichkeit der Rückführung der Vertriebenen in ihre Heimatgebiete bestände - eine Umsiedlung grossen Stils in fremde Län-

der (sie wird von allen Kennern der Materie ebenso für objektiv unmöglich gehalten!) für dringend geboten. Die Hamburger internatio-

nale evangelische Konferenz verlangte von "karitativen Massnahmen

zum planenden und internationalen Aufbau" überzugehen.

Alles nur Worte, Deklamationen oder Ideen, keine greifbar und alsbald realisierbar; kein einziger Plan. Es gibt vorläufig und un- mittelbar wirksam keinen Weg, internationale Hilfsmittel für die Ver- triebenen einzusetzen. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundes- regierung steht dem entgegen.

Hier ist in der Tat des Pudels Kern: Wir wissen, die Lösung des Vertriebenenproblems ist undenkbar ohne die internationale Solidari- tät aller freiheitliebenden Völker. Aber wir haben, durch die böse Erfahrung mit dem bisherigen Einsatz der Hilfsmittel unseres Volkes, nicht einmal selbst Vertrauen zu dieser Regierung, dass uns zusätz- lich gewährte Hilfen sinnvoller verwandt werden. Der Bundesflücht- lingsminister jongliert mit 10 Jahresplänen und Milliardenbeträgen, aber einsteilen geht die Steuerreform wiederum zu Lasten der Vertrie- benen. Und die Bundesregierung beschloss im Dezember 1949, die wirt- schaftliche Unterstützung der Kriegsgeschädigten künftig nicht durch Direkthilfen, sondern durch sinnvollen Ausbau der Wirtschaft zu sichern. Was "sinnvoll" heisst, das wissen wir seit den Investierungs- gewinnen aus der Warenhortung. Der Bundesfinanzminister liess die Katze vollends aus dem Sack, als er öffentlich Zweifel aussprach, ob ein Lastenausgleich überhaupt ohne Bürgerkrieg möglich sei. Die- ser Tage stellte eine grosse westdeutsche Zeitung ihn in einer Kari- katur auf dem Gehäuse der Schnecke "Lastenausgleich" reitend dar.

Ohne Frage, es lagert geheimer Sprengstoff in Westdeutschland. Wir wissen auch, dass es anders sein könnte. Wenn das deutsche Volk durch eine gesunde, planvolle Wirtschaftspolitik auch nicht reich werden kann, - die immerhin mögliche menschenwürdige Armut aller, die soziale Gerechtigkeit, dies ist der Ruf der Millionen Ostver- triebener. Es ist, - täuschen wir uns nur ja nicht - das politische Anliegen der Völker, die uns helfen wollen, auch den geheimen Sprengstoff zu entschärfen.

Die Saar, aus französischer Sicht

Von Max Cohen-Reuss, Paris

Das vorliegende Ergebnis der Saarverhandlungen in Paris war zu erwarten und hat niemanden überrascht. Es entspricht den französischen Wünschen und stellt eine vollständige Integration der Saarwirtschaft in die französische dar; ein Ziel, das von Frankreich konsequent erstrebt worden ist. Nun will das Bundesparlament dagegen Stellung nehmen.

Es erhebt sich indessen die Frage, ob es bei diesem Protest bleiben kann oder ob es nötig ist, dass in Deutschland der Versuch

gemacht wird, aus dieser Sackgasse zu kommen, in der andernfalls die deutsch-französische Annäherung hoffnungslos stecken bleiben

wird. Man wird sich darüber klar werden müssen, dass der jetzige Zustand bis zum Abschluss des Friedensvertrages mit Deutschland be-

stehen bleibt und dass das französische Außenministerium entschlossen ist (das ist von den Sprechern des Quai d'Orsay verschiedentlich

hervorgehoben worden) dafür einzutreten, dass die augenblickliche Lösung auch im Friedensvertrag festgelegt wird. Man wird nicht damit

rechnen dürfen, dass die Verbündeten Frankreichs sich dem widersetzen werden; die Verbindung der drei Mächte ist, angesichts des rücksichts-

sen Kampfes, der von Sowjetrussland gegen sämtliche westlichen Demokratien geführt wird, so eng, dass sie, trotz ihrer Meinungsver-

schiedenheiten, immer wieder zur Einigung gelangen. Es kommt hinzu, dass weder die politische noch die wirtschaftliche Entwicklung in

Deutschland die Alliierten mit Freude erfüllt. Man muss sich daher darauf gefasst machen, dass eindringlich von Frankreich erhobene

Forderungen, auch in der Saarfrage, selbst dann von den Vereinigten Staaten und Großbritannien schliesslich unterstützt werden, wenn

anfänglich ein gewisser Widerstand vorhanden war.

Eine Änderung der Lage kommt nur in Betracht, wenn deutscherseits ein Vorschlag gemacht wird, der die anerkannten wirtschaft-

lichen Bedürfnisse Frankreichs nach Saarprodukten voll befriedigt,

ohne dass zu diesem Zwecke die jetzt vorhandene Loslösung von Deutschland eine im Friedensvertrag endgültig bestätigte Ratifi-

zierung erfährt. Eine derartige Lösung ist, meines Erachtens, möglich. Deutschland muss zeigen, dass es die wirtschaftlichen Er-

forderungen Frankreichs nach Saarprodukten anerkennt und bereit ist, Opfer dafür zu bringen. Den französischen Notwendigkeiten könnte

durch den Abschluss eines langfristigen Wirtschaftsvertrages mit der Bundesrepublik Rechnung getragen werden, bei dessen Abfassung Deutsch-

land eine gewisse Großzügigkeit zeigen muss, indem es den französischen Wünschen weitgehend entgegenkommt und dadurch den Beweis

erbringt, dass der Wunsch nach einer echten deutsch-französischen Versöhnung tiefe Wurzeln im deutschen Volke geschlagen hat. Diese

Lösung muss besonders von den Sozialisten in beiden Ländern befürwortet werden, die als Träger eines umfassenden Friedensgedankens

zwischen den Völkern stets unterstrichen haben, dass die deutsch-französische Verständigung der erste Schritt und die Grundlage

eines Friedenszustandes sein muss, der von dieser Basis aus auch die anderen Nationen mit einbezieht. Es ist von massgebenden fran-

zösischen Politikern der verschiedensten Richtungen (vor allem von dem Sozialistenführer Léon Blum) nicht selten hervorgehoben worden,

dass Frankreich nur wirtschaftliche Forderungen an das Saargebiet hat; wenn wirklich einmal Annektionsabsichten vorhanden waren, die

man den Leuten um Grandval, dem bisherigen Gouverneur, zuschrieb, so sind sie heute in der Tat vollkommen verlassen worden. Es war-

den sich in Frankreich selber wie auch in den Vereinigten Staaten und Großbritannien zahlreiche Stimmen erheben, die die "autonome"

Lösung des Saarproblems und die Lostrennung von Deutschland ablehnen werden, wenn nachgewiesen wird, dass eine Erfüllung der wirt-

schaftlichen Bedürfnisse Frankreichs auch auf andere Weise erreicht werden kann. Es wird indes die Aufgabe der deutschen Bundesrepublik

sein, diesen Nachweis auf der Basis des oben erwähnten Vorschlages zu bringen. Ein auf dieser Weise gezeigter guter Wille Deutschlands

bietet die einzige Möglichkeit, eine Änderung in der Haltung der französischen Verbündeten herbeizuführen und alle jene französischen Kräfte auf den Plan zu rufen, für die eine enge deutschfranzösische Zusammenarbeit ebenfalls als eine der dringlichsten politischen Aufgaben der Gegenwart angesehen wird. Über eine Volksabstimmung an der Saar würde man sich unter den geschilderten Umständen vermutlich schneller verständigen können, als es augenblicklich den Anschein hat.

Es ist selbstverständlich, dass Deutschland jene unmögliche Lösung der Zweiteilung (wirtschaftliche Zugehörigkeit zu Frankreich, politische zu Deutschland) nicht in Betracht ziehen darf; sie wird in Frankreich und in der Saar ebenfalls abgelehnt, da sie undurchführbar ist. Man kann, wenn man ein guter Jurist ist, diese Zweiteilung auf dem Papier natürlich sehr schön ausarbeiten. In Wirklichkeit ist sie graueste Theorie und eine Quelle ewiger Streitigkeiten.

Die Stunde, in der Deutschland einen Vorschlag zur Lösung der Saarfrage machen muss, ist gekommen. Man möge sie nicht ungenützt verstreichen lassen.

-o-o-o-o-o-o-

Saarfrage vor dem Parteivorstand der SPD

Am 13. März tagt in Bonn der Parteivorstand der SPD. Auf der Tagesordnung stehen u.a. folgende Punkte: Europa-Rat und Saarfragen, Organisation des deutschen Aussendienstes, die bevorstehenden Landtagswahlen, die politische Situation in Rheinland-Pfalz, Soziale Arbeitsgemeinschaften und Wahl der Mitglieder des Zentralen Jugendausschusses.

Am 14. März findet ebenfalls in Bonn eine gemeinsame Tagung des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission statt. Mittelpunkt dieser Tagung ist ein Referat von Dr. Kurt Schumacher über die Politik der SPD. Die Tagung wird sich ferner noch mit dem Parteitag und dem neuen Organisationsstatut beschäftigen.

- o - o -

Freiheit nur über Ost-'Kripo'

sp. Im Lager 7207/1 (Krasnokansk/Ural) wurden sämtliche Kriegsgefangenen deutschen Offiziere eines Tages zum Polit-Offizier gerufen, um sie zum Dienst in der Volkspolizei, Abt. Kripo in der Ostzone zu überreden. Den Offizieren wurde gesagt, dass sie bei ihrer Rückkehr nach Deutschland nicht in Freiheit kämen, sondern in den Westzonen in besonderen Lagern aufs neue interniert würden. Einige Offiziere verpflichteten sich daraufhin auf 12 Jahre bei einem Anfangsgehalt von Ostmark 350.--. Die Einstellung erfolgt als Oberwachtmeister, bei Eignung kann Übernahme in die Offizierslaufbahn erfolgen. Ausserdem wurde ihnen eine Wohnung versprochen.

Der Schlusssatz des Anstellungsvertrages lautete:
"Sie werden aufgrund des Punktes 94 des russischen Kriminalcodes zur Wahrheit ermahnt und verpflichtet, gegen jedermann (Angehörige, Freunde, Bekannte) über den Gegenstand und den Zweck dieser Verpflichtung Stillschweigen zu bewahren, widrigenfalls Sie den Strafgesetzen der UdSSR verfallen sind".

Einem Offizier, der aufgrund seines Gesundheitszustandes den Verpflichtungsschein nicht unterschreiben wollte, wurde vom Polit-Offizier nahegelegt, um überhaupt nach Hause zu kommen, als Agent für die MVD tätig zu werden. Der Offizier unterschrieb schliesslich, um den dauernden Quälereien zu entgehen, folgenden Revers: "Der Unterschreibende verpflichtet sich hiermit, für die Abt. "Filtration" in der MVD der UdSSR als Mitarbeiter tätig zu sein und unter dem Decknamen in seiner Heimat..... über die ihm noch bekannt zu gebende Dienststelle laufend über die Verhältnisse und die Tätigkeit der Besatzungsmacht und über die dortigen Wirtschaftsverhältnisse zu berichten".

- o - o -

Kriegsgefangene werden Zivilsträflinge. (sp.) Wie die Kriegsgefangenenhilfe der SPD mitteilt, werden die zu Zwangsarbeit verurteilten Kriegsgefangenen aus der Liste der Kriegsgefangenen gestrichen und in die Lager der Zakloschony (Zivilbestraften) gebracht.

Die Gesamtzahl aller Zivilgefangenen in Sowjetrussland beträgt heute über 15 Millionen. Soweit beobachtet werden konnte, kommen Bestrafte bis zu 15 Jahren in den Ural, bis zu 20 Jahren nach dem südlichen Teil Sibiriens und die bis zu 25 Jahren Bestraften in die nördlichen Gebiete des asiatischen Russlands. Nur Bestrafte bis zu 10 Jahren Zwangsarbeit sollen in den Lagern des europäischen Russlands verbleiben.

- o - o -

Täuschungsmanöver der FDJ. (sp.) In welcher Weise die Kommunisten zum Pfingstaufmarsch der FDJ in Berlin die "Massen" zu mobilisieren versuchen, ist aus einem Rundschreiben der westdeutschen "Gewerkschaft der Eisenbahner" zu ersehen. Unter der Behauptung, die Gewerkschaften billigten und förderten dieses Treffen, wird von der FDJ in der Gewerkschaftsjugend und besonders in den Betrieben der Reichsbahn geworben. Die Gewerkschaft warnt ihre Jugend davor, sich durch die lügenhafte Werbekampagne der FDJ beeindrucken zu lassen. Die Uniformierung der ostdeutschen Jugend erfolge unter dem Druck sowjetischer Bajonette. Das Treffen sei eine einseitig kommunistische Angelegenheit, deren Teilnahme sie nicht empfehlen könne.

- o - o -

Verantwortlich: Peter Rannau